

Jürgen Lüthje

Wolfgang Schulenbergs Bedeutung für die Gründung und den Aufbau der Universität Oldenburg

Vortrag, 23. Juni 2020

© Dezember 2020

Gesellschaft zur Förderung der Bildungsforschung und Erwachsenenbildung e. V.

info@schulenberg-institut.de

Wolfgang Schulenbergs Bedeutung für die Gründung und den Aufbau der Universität Oldenburg

Vortrag von Dr. Jürgen Lüthje am 23.06.2020

Der Vortrag von Dr. Jürgen Lüthje sollte auf einer Veranstaltung des Schulenberg Instituts am 18. Juni 2020 an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg gehalten werden, als Teil eines auf verschiedene Jahresabschnitte verteilten Programms zur Würdigung des 100. Geburtstages von Wolfgang Schulenberg. Die durch die Corona-Pandemie bedingten Einschränkungen erlaubten leider keine Präsenzveranstaltungen. Herr Dr. Lüthje hat sich dankenswerterweise bereit erklärt, seinen Vortrag aus dem „Home-Office“ zu halten und aufzeichnen zu lassen. Bei dem folgenden Text handelt es sich bis auf redaktionelle Änderungen und die ergänzten Zwischenüberschriften um den Mitschnitt des Vortrages.

Ziele der Universitätsgründung

Regionales Gründungsziel

Das wichtigste Ziel der Universitätsgründung in Oldenburg war, überhaupt eine Universität in Oldenburg zu errichten. Der Nordwesten Niedersachsens war zu der Zeit vor der Universitätsgründung der größte Raum ohne universitäre Versorgung in der Bundesrepublik. Wer studieren wollte und aus dieser Region kam, musste in vergleichsweise weit entfernte Städte gehen. Die nächsten Universitätsstädte waren Hamburg, Hannover und Göttingen, ein großer Teil der Studieninteressierten ging aber auch nach Süddeutschland zum Studium. Diese Universitätsferne war ein enormer Bildungsnachteil für die Bevölkerung der Nordwestregion. Deswegen ist damals das wichtigste Reformziel gewesen, diesen Bildungsnachteil zu beseitigen, indem in diesem Raum eine Universität gegründet wurde. Und ich glaube, dass dieses Ziel Vorrang hatte vor allen anderen.

Gleichzeitig war man überzeugt, dass eine Universitätsgründung einen Innovationsschub für die Stadt, aber auch für die gesamte Region bewirken würde, was sich ja heute im Rückblick durchaus bestätigt. Dass die Universitätsgründung die Bildungschancen verbessert, vermutete man deswegen, weil ein großer Teil der jungen Menschen aus bildungsfernen Schichten kam und man aus Statistiken ableitete, dass die Bereitschaft, ein Universitätsstudium aufzunehmen, mit der Nähe der Universität stieg. Man wusste also, dass in dieser Region die universitäre Bildungsteilnahme zunehmen würde. Gleichzeitig war aus regionalökonomischen Untersuchungen bekannt, dass Universitätsgründungen positive Effekte auf die Entwicklung der Wirtschaft haben und zugleich die regionale und örtliche Gesellschaft modernisieren. Und schließlich war ein weiterer wichtiger Gesichtspunkt, dass auch das kulturelle Leben der Stadt und der Region lebendiger würde und neue Impulse bekäme.

Wenn man heute auf die Universitätsgründung in Oldenburg zurückblickt, dann sind diese Ziele ganz zweifellos verwirklicht worden. Wer Oldenburg aus den 1960er oder 1970er Jahren kennt und heute wieder besucht, wird die Stadt kaum wiedererkennen. Sie ist wieder eine wachsende Stadt geworden, eine Stadt mit zunehmender Bevölkerung, was zur Zeit der Universitätsgründung nicht der Fall war. Und sie ist eine Stadt geworden, in der beispielsweise die Hörforschung weltweit führend ist, in der die Energieforschung und die Umweltforschung eine bedeutende Rolle spielen, eine Stadt, in der sich eine freie Kulturszene entwickelt hat, die in ihrer Qualität vor der Universitätsgründung so nicht zu beobachten war.

Reformen als Ziele der Universitätsgründung

Neben diesen primären, regionalen Gründungszielen hat die Universität durch politische Entscheidungen auf Landesebene und auf Bundesebene auch den Auftrag erhalten, innerhalb des Universitätssystems beispielhafte Reformen zu erproben und zu verwirklichen. Das war keine Besonderheit der Universität Oldenburg. Damals war ganz allgemeine Überzeugung in allen Parteien, von der CDU über die FDP bis zur SPD und der damaligen DKP, dass das Universitätssystem reformbedürftig war. Diese Reformen sollte nicht nur die Universität Oldenburg

verwirklichen. Sie sollten schrittweise an allen Universitäten eingeführt werden. Die traditionellen Universitäten zeigten sich diesen Reformwünschen gegenüber eher sperrig, leisteten zum Teil aktiven Widerstand. Deswegen hat die Hochschulpolitik aller Parteien damals bei der Verwirklichung der Universitätsreform auf Neugründungen gesetzt. Sie ist davon ausgegangen, dass diese Reformziele am ehesten durch Neugründungen eingeleitet und dann auf andere Universitäten übertragen würden. Diese Ziele waren auch keine Besonderheiten der Universität Oldenburg, sondern zum Beispiel im Hochschulrahmengesetz bundesweit gesetzlich geregelt. Ich will einige dieser Reformziele nennen: Die Mitbestimmung aller Gruppen in den Hochschulen war ein solches Ziel. Das Bundesverfassungsgericht hatte damals ausdrücklich festgestellt, dass die Mitbestimmung aller Mitgliedergruppen in den Universitäten nicht gegen die Wissenschaftsfreiheit verstößt, sondern durchaus verfassungsgemäß ist. Weitere anspruchsvolle Ziele betrafen die Studienreform: eine stärkere Strukturierung des Studiums, zum Beispiel durch studienbegleitende Leistungsnachweise und eine Verkürzung der Studienzeiten. Es gab aber auch das Reformziel, die Forschung stärker anzuhalten, ihre gesellschaftliche Verantwortung wahrzunehmen. Alle diese Ziele hat die Universität Oldenburg sehr bewusst und aktiv aufgenommen und in ihrer Grundordnung zu ihrer eigenen Sache gemacht. Sie hat also diese Ziele in die Zielsetzung der Institution aufgenommen. Das war damals etwas Besonderes, weil beispielsweise das Gründungsgesetz für die Universität Oldenburg gerade einmal um die zwanzig Paragraphen hatte, während die Grundordnung der Universität Oldenburg so ausgestaltet werden konnte, dass sie in etwa hundert Paragraphen ihre Zielsetzung und ihre Strukturen formulierte und regelte. Man kann daran sehen, dass diese Gründung in Oldenburg damals ein sehr autonomer Prozess war, in dem die daran Beteiligten noch eine beachtliche Gestaltungsfreiheit hatten und nicht immer von der Politik in hinreichendem Maße unterstützt wurden.

Es gab aber auch Reformziele, die die Universität Oldenburg von anderen Neugründungen und Universitäten unterschieden. Besonders ausgeprägt war das Ziel der Universität Oldenburg, intensiv mit der Stadt und der Region zu kooperieren. Eine Besonderheit der Universität Oldenburg war gerade im Hinblick auf die in den vergangenen Jahrzehnten zu beobachtende Bildungsbenachteiligung der regionalen Bevölkerung, den Zugang zum Hochschulstudium auch ohne Abitur zu eröffnen. An dieser Stelle hat sich die Universität mit Nichtabiturientenkursen und später mit besonderen Verfahren zur Zulassung zum Studium, in denen man die Qualifikation auch ohne Abitur nachweisen konnte, ausgesprochen stark engagiert. Das war übrigens ein Ziel, für das sich besonders Wolfgang Schulenberg, mit anderen wie etwa Hans-Dietrich Raapke zusammen, besonders intensiv eingesetzt hat.

Zu dem Ziel der Universität Oldenburg, Stadt und Region Entwicklungsimpulse zu vermitteln, ihnen in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung Unterstützung zukommen zu lassen, gehörte auch die Bereitschaft der Universität, mit der Wirtschaft und den Gewerkschaften, also mit der gesamten Arbeitswelt, intensiv zusammenzuarbeiten. Die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft war keine Besonderheit, das taten alle Hochschulen. Dass die Universität Oldenburg sehr bewusst zunächst in der Weiterbildung, später auch in der Forschung mit den Gewerkschaften in Forschungsprojekten zusammenarbeitete, war allerdings eine Besonderheit der Universität Oldenburg. Und diese Besonderheit war durchaus nicht unumstritten, weil der Universität unterstellt wurde, sie würde sich einseitig an den Interessen der Gewerkschaften orientieren. Wenn man sich die Forschungsprojekte und die gesamte Praxis der Universität in Studium und Lehre ansieht, kann man von einer einseitigen Zielsetzung in keiner Weise sprechen. In dieser Zielsetzung kam eher eine Aufgeschlossenheit der Universität auch gegenüber Interessen und Belangen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zum Ausdruck. Das hat sich dann auch im Laufe der Zeit als zunehmend unproblematisch herausgestellt. Heute ist die Universität Oldenburg in der Stadt, im gesamten Wirtschaftsleben, aber auch bei den Gewerkschaften in einer Weise verankert, wie das nur wenigen Universitäten in Deutschland bisher gelungen ist.

Konflikte und Widerstände im Gründungsprozess

Wer auf die Entstehungsgeschichte der Universität Oldenburg besonders in ihrer Anfangszeit zurückblickt, erinnert sich an Konflikte und Widerstände. Woher kamen diese Konflikte und welches waren die Widerstände, die

im Gründungsprozess zu überwinden waren? Zu der Zeit, als die Universität Oldenburg gegründet wurde, hätte kein Politiker mehr eine Universität gegründet, eine Alma Mater, wie sie vor allem von ehemaligen Akademikern, aber auch von den Bürgern der Stadt, die sich eine Universität wünschten, vorgezogen wurde. Man hatte als Leitbild die traditionelle Universität vor Augen, die aber zu diesem Zeitpunkt nicht mehr zu haben war. Kein Politiker wäre bereit gewesen, eine Universität mit traditioneller Struktur und mit traditionellen Zielsetzungen zu finanzieren. Die zusätzlich erforderlichen Mittel wären ja den traditionellen Universitäten entweder nicht zugewandt oder sogar abgezogen worden. Insofern gab es zunächst einmal eine abwartende Skepsis gegenüber einer neuen Gründung, die mit Reformansprüchen daherkam. Diese Skepsis wurde dadurch verstärkt, dass die traditionellen Universitäten, die als bestehende Universitäten natürlich ein größeres Ansehen hatten, sich gegen diese Reformen wehrten. Und daraus entstanden wissenschaftspolitische Konfliktlagen, in denen die gleiche Landesregierung, die eine Universität mit Reformauftrag gegründet hatte, diese neugegründete Universität nicht immer hinreichend unterstützt hat.

Der Konflikt um die einphasige Lehrerausbildung

Die Universität Oldenburg entstand aus einer lehrerbildenden Einrichtung, der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen, Abteilung Oldenburg. In dieser Zeit strebte die Politik eine grundlegende Strukturreform des Schulwesens an: Entweder mit dem Ziel kooperativer Gesamtschulen oder aber integrierter Gesamtschulen. Auch dieses Reformziel war in allen Parteien konsensfähig. Nur über die Art und Weise, wie man dieses Gesamtschulsystem ausgestaltet, gab es Meinungsunterschiede. Insofern griff diese Schulreform auch auf einen der wichtigsten Bereiche des Universitätsstudiums, die Lehrerausbildung, über. Die Landesregierung erteilte darum der Universität Oldenburg ebenso wie der Universitätsneugründung in Osnabrück den Auftrag, eine Reform der Lehrerbildung durch eine einphasige Lehrerausbildung zu erproben. Die traditionelle Lehrerausbildung findet in der ersten Phase in der Universität statt, in einer zweiten Phase in den Schulen im Rahmen des Referendardienstes. Die Ausbildung schließt mit zwei Prüfungen ab, einer Universitätsprüfung und einer späteren Staatsprüfung. Die einphasige Lehrerausbildung, mit deren Erprobung die Universität von der Landesregierung beauftragt wurde, sollte diese beiden Phasen zusammenführen, um Studium und Praxis besser zu verbinden und durchaus auch die Studienzeiten zu verkürzen. In der Erprobung hat sich gezeigt, dass die einphasige Lehrerausbildung der Universität Oldenburg alle diese Ziele in überzeugender Weise verwirklicht hat. Dennoch wurde diese Reform des Studiums dann durch politische Entscheidung der Landesregierung abgebrochen, weil inzwischen die schulpolitische Entscheidung gefallen war, dass man an dem gegliederten Schulsystem mit Grundschule, Gymnasium, Realschule und Hauptschule als Schulformen festhalten wollte. Auch darin ist dann später wieder Bewegung gekommen, aber die an der Gesamtschule orientierte einphasige Lehrerbildung hatte nach dieser schulpolitischen Entscheidung keine Chance mehr. Interessant ist, dass aus dieser Phase, in der die einphasige Lehrerbildung Praxisphasen der Studierenden in den Schulen einschloss, die Universität Oldenburg eine besondere Tradition in der Vermittlung praktischer Erfahrungen für die Lehramtsstudierenden erworben hat. Das kann man heute in den lehrerbildenden Studiengängen der Universität Oldenburg immer noch feststellen. Diese Praxisorientierung und der bewusste Austausch mit den Schulen machen die Lehrerausbildung an der Universität Oldenburg nach wie vor zu einer der besten in Deutschland.

Der Konflikt um die Namensgebung

Ein weiterer Konflikt in der Entwicklung der Universität Oldenburg ist die Namensgebung gewesen. Der Gründungsausschuss der Universität Oldenburg hat entschieden, die Universität nach dem Friedensnobelpreisträger Carl von Ossietzky zu benennen. Das wurde von vielen Oldenburger Bürgerinnen und Bürgern gleichsam als eine Kränkung empfunden, weil sie sich für die Universität den Namen „Universität Oldenburg“ wünschten. Dass die Benennung nach Carl von Ossietzky nicht als eine Distanzierung von ihrem Standort gemeint war, sondern als Ehrung eines Menschen, der sich in der Weimarer Republik für Frieden und Demokratie so intensiv eingesetzt hat, dass er in der nationalsozialistischen Zeit ins Konzentrationslager kam und dort schwere gesundheitliche Schäden erlitten hat, an denen er schließlich gestorben ist, wurde von einem Teil der Oldenburger Bevölkerung

nicht wahrgenommen. So entwickelte sich ein Konflikt, der mit in einer Schärfe ausgetragen wurde, die in der Sache wenig begründet war. Interessant ist, dass international und überregional diese Namensgebung sehr positiv diskutiert wurde und dass die Universität durch diese Auseinandersetzung paradoxerweise eine der bekanntesten Neugründungen in Deutschland geworden ist.

Insgesamt kann man sagen, dass trotz der großen Widerstände und Konflikte die Universität Oldenburg Schritt für Schritt ein immer besseres Verhältnis zu ihrer Stadt und ihrer Region entwickelt hat. Heute kann man sagen, dass die Universität Oldenburg zu den in ihrer Stadt und ihrer Region am besten verankerten Universitäten in Deutschland gehört.

Konflikte um die Ausbauziele

Ein weiterer Konfliktpunkt waren die Ausbauziele für die Universität. Die Universität entstand aus einer Pädagogischen Hochschule bzw. deren Abteilung. Im Wesentlichen musste sie durch Neubauten überhaupt erst etabliert werden. Die Ausbauziele wurden im Laufe der Gründung der Universität ständig von der Landesregierung infrage gestellt, neu festgesetzt und vielfach korrigiert. Ich will das an Zahlen deutlich machen: In der ursprünglichen Planung sollte die Universität 15.000 Studienplätze haben. Das ist übrigens eine Zahl, die die Universität heute in etwa erreicht hat. Sie war überhaupt nicht zu optimistisch berechnet. Mit dieser Größenordnung sollte die Universität Oldenburg eine mittelgroße Universität werden, was der Studiennachfrage in der Nordwestregion voll entsprach. Diese Zielsetzung wurde innerhalb weniger Jahre zunächst auf etwa 8.000 heruntersgesetzt, dann auf 6.000, dann auf 5.300, dann wieder heraufgesetzt auf etwa 7.000. Diese ständigen Wechsel hatten jeweils ganz grundlegende Auswirkungen auf die Bauplanungen der Universität. Kaum war ein Gebäude geplant, kam eine neue Zielsetzung, übrigens auch mit einer neuen Festlegung des Studiengangspektrums – einmal mit Jura, einmal ohne Jura, einmal mit Pharmazie, einmal ohne Pharmazie, schließlich zum Glück mit einer Entscheidung zugunsten der Informatik, die der Stadt und der Region sehr gut getan hat. Dieser ständige Wechsel in den Ausbauzielen hat eine Unruhe in den Gründungsprozess hineingebracht und eine Instabilität in den Zielsetzungen bewirkt, die natürlich zu ständigen Konflikten mit der Landesregierung führen mussten. Und diese Konflikte haben sich natürlich in öffentlichen Protesten, in streitigen Gerichtsentscheidungen und in anderen Auseinandersetzungen niedergeschlagen. Man kann eigentlich nur darüber staunen, dass sich unter solchen Bedingungen die Universität Oldenburg wissenschaftlich hervorragend entwickelt hat.

Schulenberg's Anteil an der Entwicklung

An diesen Entwicklungen hatte Wolfgang Schulenberg einen ganz wesentlichen Anteil. Er war schon vor Gründung der Universität mit Kollegen aus der damaligen Pädagogischen Hochschule, wie Hermann Hellmers oder Hans-Dietrich Raapke, der entscheidende Wegbereiter der Universitätsgründung. In Oldenburg gab es zwei Wurzeln, die zur Universitätsgründung führten. Eine schon viele Jahre bestehende Universitätsgesellschaft orientierte sich an dem Ziel, in Oldenburg eine Traditionsuniversität zu gründen. Zu der Zeit, als die Universität Oldenburg gegründet wurde, gab es aber keine Chance mehr, traditionelle Universitäten zu gründen. Das wollte zu diesem Zeitpunkt kein Politiker. Wenn man Universitäten gründete, wollte man dadurch die Universitäten reformieren. Das erkannte Wolfgang Schulenberg mit seinen Kollegen sehr früh. Aus der Pädagogischen Hochschule heraus entwickelten sie dann das Konzept, in Oldenburg eine Reformuniversität zu gründen. Für dieses Konzept warben sie in der Stadt um Unterstützung. Tatsächlich erhielten sie engagierte Unterstützung bei den Behörden und dem Rat der Stadt, interessanterweise aber auch bei den Gewerkschaften, die sich normalerweise nicht in erster Linie für Bildungsfragen engagieren, sondern eher an Fragen des Arbeitslebens interessiert sind. Schulenberg hat sehr früh, auch im Rahmen der Weiterbildung der Pädagogischen Hochschule, mit Gewerkschaften zusammengearbeitet, auch mit der Bildungsvereinigung Arbeit und Leben des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Im Rahmen eines Gesprächskreises „Reformuniversität Oldenburg“ hat er ein sehr überzeugendes Gründungskonzept für die Universität Oldenburg entwickelt, das dann auch von der Stadt Oldenburg, vor allem von deren Bürgermeister Fleischer, sehr engagiert unterstützt wurde und schließlich zur Gründung der Universität in

Oldenburg geführt hat. In diesem Gründungsprozess erhielt die Universität einen großen Autonomieraum, um die Gründungsziele und vor allem deren Verwirklichung im Einzelnen auszugestalten. Diese Aufgabe wurde einem Gründungsausschuss übertragen, in den vor allem Mitglieder bestehender Universitäten von außen berufen wurden, die von der Landesregierung ernannt wurden. Zu einem Teil waren aber auch Mitglieder der Abteilung Oldenburg der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen, darunter Hellmers, Raapke und Schulenberg, Mitglieder dieses Gründungsausschusses. Schulenberg entwickelte sich dann zu der bedeutendsten Persönlichkeit innerhalb dieses Gründungsausschusses, ohne allerdings im eigentlichen Sinne ein Amt zu haben. Er war weder Vorsitzender des Gründungsausschusses noch wurde er Gründungsrektor, er war mehr oder weniger die „Graue Eminenz“ des Gründungsprozesses in einem sehr positiven Sinne. Er war der Netzwerker, der die verschiedenen Personen und Gruppen, die an dem Gründungsprozess beteiligt waren, vernetzte und zusammenhielt. Er war es, der sich bei auftretenden Konflikten um Kompromisse bemühte. Diese Funktion des politischen Netzwerklers innerhalb des Gründungsprozesses hatte er als Vorsitzender einer liberalen Hochschullehrergruppe, die sich Demokratische Hochschule nannte und die Mehrheit der Sitze der Professoren im Gründungsausschuss und im späteren Senat der Universität innehatte. Diese Position hat Schulenberg sehr aktiv und klug genutzt, um den Gründungsprozess der Universität so qualitativ wie möglich zu gestalten. Ich benutze ganz bewusst den Begriff „qualitativ“, weil Wolfgang Schulenbergs wichtigste Eigenschaft war, neben seiner Fähigkeit zum politischen Ausgleich und zur Entwicklung politischer Ziele, unerbittlich und kompromisslos auf Qualität zu achten. Wolfgang Schulenberg waren leere Sprüche und verkündete Ziele weniger wichtig als deren Einlösung durch qualitativvolle Arbeit. Mit diesem Maßstab hat er sich persönlich um jede der Berufungen an der Universität gekümmert. Er hat Einfluss genommen auf Berufungsverfahren, nicht in formeller Weise, sondern durch Gespräche mit Beteiligten, die etwa in Berufungskommissionen tätig waren. Auch die Landesregierungen, die letztlich die Professorinnen und Professoren der Universität beriefen, haben nach meinem Eindruck keine der Berufungen ausgesprochen, ohne sich zu vergewissern, ob Wolfgang Schulenberg sie für qualitativvoll hielt. Dadurch wurde die Universität – anders als das zum Teil in der Öffentlichkeit diskutiert und wahrgenommen wurde – auf einen guten Weg gebracht. Oft wurden Persönlichkeiten berufen, die nicht einfach im Mainstream mitschwammen, sondern eher ungewöhnliche und häufig zukunftssträchtige Ziele in der Lehre und in der Forschung ansteuerten. Heute kann man an der Entwicklung der Universität sehen, dass gerade die Bereiche, in denen in der Gründungszeit die Universität Oldenburg oder die an ihr Tätigen Außenseiterpositionen vertreten haben, Schwerpunkte gesetzt haben, die inzwischen unstrittig als zukunftsweisend angesehen werden. Ich nenne als Beispiel die Energieforschung: Die gesamte Umweltproblematik hat die Universität Oldenburg damals in beispielgebender Weise schon zu einer Zeit bearbeitet, in der sie in der Wissenschaft noch nicht genügend beachtet wurde. Die Bedeutung der Bildung für die Entwicklung einer Gesellschaft hat die Universität Oldenburg in vorbildlicher Weise betont. Und das, was die Universität im Rahmen der einphasigen Lehrerbildung für die Reform der Lehrerbildung getan hat, hat sich trotz Abbruchs der einphasigen Lehrerbildung letztlich als richtungsweisend gezeigt.

An dieser Stelle muss man eine weitere Anmerkung machen: Sehr viele der Professuren, die für den Ausbau der Universität erforderlich waren, hätte das Land Niedersachsen nicht allein finanzieren wollen oder können. Die Zeit der Universitätsgründung war eine Zeit, in der die öffentlichen Haushalte sich in einer Krisensituation befanden. Insofern gab es immer einen Zielkonflikt zwischen der Entwicklung der bestehenden Universitäten und der Gründung neuer Universitäten. Dazu waren zusätzliche Stellen und Ressourcen erforderlich. Der Bund war damals bereit, die Reform der Lehrerbildung durch einen großen Reformversuch zu finanzieren. Er war bereit, 50 Prozent aller Ressourcen, die dazu erforderlich sind, aus dem Bundeshaushalt zu finanzieren. Insofern nutzte das Land Niedersachsen diesen Modellversuch des Bundes, um den fachlichen Aufbau der Universität Oldenburg überhaupt möglich zu machen. Auch darin lag eine besondere Bedeutung dieser einphasigen Lehrerbildung für den Aufbauprozess der Universität Oldenburg.

Tragischerweise brachte diese Lehrerbildungsreform die Universität in ein Konfliktverhältnis zum Gymnasialbereich im Schulwesen. Und da das Gymnasialschulsystem in Oldenburg besonders stark ausgebaut war, erzeugte das ein Konfliktverhältnis innerhalb der Stadt. Die Oldenburger Gymnasien sperrten sich etwa konsequent

gegen die Aufnahme von Studierenden der Universität Oldenburg in den praktischen Studienphasen. Sie legten Wert darauf, dass sie den Referendardienst für die Lehrerausbildung im Rahmen der zweiphasigen Ausbildung durchführten. Wegen des großen Einflusses der Gymnasien in der politischen Landschaft erzeugte das immer wieder Konflikte, die dann die Universität mit der Öffentlichkeit und mit der Landesregierung auszutragen hatte. Letztlich führte das zum Abbruch der einphasigen Lehrerbildung. Rückblickend kann man sagen: Die Universität hat aus dieser einphasigen Lehrerbildung einen sehr bewussten und positiven Umgang gerade mit den Lehramtsstudiengängen geerbt, und das kann man der Universität Oldenburg heute noch anmerken. Man kann jungen Menschen, die Lehrer werden wollen, nur empfehlen, an dieser Universität ihr Studium aufzunehmen.

Wenn ich persönlich auf diese Gründung zurückblicke, dann verblüfft mich am meisten, wie aus einer Gründungsphase, die sich über zehn Jahre sehr konflikthaft entwickelt hat, eine der interessantesten Neugründungen in Deutschland hervorgehen konnte. Die Universität Oldenburg ist heute eine mittelgroße Universität. Sie ist eine der wenigen Universitätsgründungen, die im Rahmen der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder erfolgreich sind. Mit einem Exzellenzcluster in der Hörforschung hat sie einen ganz herausragenden Forschungsschwerpunkt entwickelt. Die Universität Oldenburg hat ein hochinteressantes Fächerspektrum entwickelt, zu dem seit einigen Jahren auch die Medizin gehört, was in der Gründungszeit auch ein sehr konflikträchtiges Thema war. Und die Universität Oldenburg hat eine sehr lebendige und ertragreiche Kooperation mit der großen Universität Groningen entwickelt, einer der besten niederländischen Universitäten. An der Entwicklung dieser Kooperation hat übrigens Wolfgang Schulenberg entscheidenden Anteil. Er war Assistent bei Helmut Plessner, einem Sozialwissenschaftler und Professor, der lange Jahre an der Universität Groningen gelehrt hat. Zu Helmut Plessner hat Schulenberg immer Kontakt gehalten, und dieser Kontakt hat der Universität Oldenburg dann eine besondere Beziehung zur Universität Groningen ermöglicht. Diese Kooperation hat der Universität Oldenburg einen rechtswissenschaftlichen Studiengang ermöglicht, den es in einer besonderen Form an der Universität durchaus gibt, vor allem aber den Aufbau eines Studiengangs Medizin möglich gemacht. Die Universität Oldenburg ist heute eine der in ihrer Stadt und Region am meisten verankerten Universitäten. Und die Stadt selber ist vor wenigen Jahren vom Stifterverband für die deutsche Wissenschaft als „Stadt der Wissenschaft“ ausgezeichnet worden. Das zeigt, dass zwischen Universität und Stadt sich inzwischen ein so enges Verhältnis entwickelt hat, wie man es sich in der Gründungszeit bei der Vielzahl von Konflikten schwer vorstellen konnte. An der Entwicklung dieses besonderen Verhältnisses zwischen Stadt und Universität hat Wolfgang Schulenberg deswegen einen so großen Anteil gehabt, weil er seine gesamte Berufstätigkeit als Professor in Oldenburg ausgeübt hat, zunächst in der Pädagogischen Hochschule, dann in der Abteilung Oldenburg der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen, auch als deren Rektor, und schließlich im Gründungsprozess und in der wissenschaftlichen Arbeit an der Universität Oldenburg. Wolfgang Schulenberg war aber zugleich im Bürgertum der Stadt Oldenburg tief verankert. Seine Spaziergänge durch den Schlossgarten, seine Tasse Kaffee im Café Klinge und seine Gänge durch die Stadt waren eine Selbstverständlichkeit, sie gehörten zu Oldenburg. Und mit dieser Verankerung in Oldenburg hat er sehr intensiv persönliche Kontakte vermittelt. Er hat denjenigen, die am Aufbau der Universität Oldenburg beteiligt waren und von außen in die Universität gekommen sind, ermöglicht, in die Oldenburger Gesellschaft hineinzukommen, mit den Oldenburgerinnen und Oldenburgern Kontakt aufzunehmen. Gerade ich persönlich verdanke Wolfgang Schulenberg sehr viele durch ihn vermittelte Kontakte, in der Frühphase der Universitätsgründung etwa zu dem damaligen Präsidenten der Industrie- und Handelskammer Wachsmann, der als liberaler Konservativer sehr viel für die Entwicklung eines guten Verhältnisses zwischen der Universität und der Stadt getan hat, gerade auch zur Stadtverwaltung, zum Oberstadtdirektor, zum Oberbürgermeister sowie zu allen Vereinigungen in Oldenburg. Ohne Wolfgang Schulenberg wäre dieses heute beispielgebende Verhältnis so nicht entstanden.

Dr. Jürgen Lüthje war von 1973 bis 1991 Kanzler der neugegründeten Universität Oldenburg, deren Aufbau und Entwicklung er maßgeblich mitprägte. Zuvor hatte er nach dem Studium der Rechtswissenschaften als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Justiziar an der Universität Bochum gearbeitet, hat als Rechtsreferent der Bundesassistentenkonferenz (BAK) verfassungsrechtliche Gutachten zur Mitbestimmung und zum Numerus Clausus an Universitäten verfasst und war beim Hochschulinformationssystem sowie im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft tätig. Er promovierte zum Dr. jur. an der Universität Bremen. 1991 wurde er Präsident der Universität Hamburg und dort zwei Mal wiedergewählt, wobei seine dritte Amtszeit auf eigenen Wunsch auf das Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze Ende September 2006 begrenzt wurde.

Herausgegeben durch die
Gesellschaft zur Förderung der Bildungsforschung und Erwachsenenbildung e. V.
info@schulenberg-institut.de

Redaktion & Layout:
Willi B. Gierke
Gerald Schwabe

© Dezember 2020
Alle Rechte vorbehalten

Veröffentlichung und Bearbeitung nur mit Genehmigung des Herausgebers